



DaimlerChrysler-Vorstand und -Aufsichtsrat

JOCHEN ZICK / KEYSTONE

AUFSICHTSRÄTE

Führungskräfte für Mitbestimmung

Die Lobby der leitenden Angestellten in Deutschland wehrt sich gegen die Forderung von BDI-Chef Michael Rogowski und der Unternehmerverbände, die Mitbestimmung abzubauen (SPIEGEL 43/2004). „Voreilige Änderungen der bewährten Mitbestimmungskultur sollten unterbleiben“, heißt es in einem Schreiben des Deutschen Führungskräfteverbands an die Parteizentralen von FDP und Union. Die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat stelle sogar „einen herausragenden Standortvorteil Deutschlands dar“. Die Pauschakkritik

der Wirtschaftsverbände an der deutschen Mitbestimmung sei „polemisch und wenig nützlich“. Der Verband vertritt rund 50 000 leitende Angestellte, die nach den Mitbestimmungsgesetzen Anspruch auf eigenständige Vertreter in den Aufsichtsräten großer Unternehmen haben. Die Arbeitgeber- und Industrieverbände wollen laut einem internen Positionspapier die Vertretungsrechte der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat deutlich beschränken. FDP und Teile des Unions-Wirtschaftsflügels unterstützen den Vorstoß bislang.

EUROCOPTER

Ermittlungen in Athen

Seit kurzem beschäftigt der Verkauf von 20 Hubschraubern der EADS-Tochter Eurocopter an Griechenland die Athener Staatsanwaltschaft. Die Ermittler prüfen, ob bei der Auftragsvergabe für den Transporthubschrauber NH90 alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Nach dem Regierungswechsel im vergangenen März waren der neuen Führung im Verteidigungsministerium Zweifel an dem 2003 noch vom damaligen Pasok-Minister Jannos Papantoniou

unterzeichneten Vertrag mit Eurocopter gekommen. Griechenland sollte demnach für 20 Maschinen und die Option auf 14 weitere Transporter rund 660 Millionen Euro zahlen – viel zu viel, wie die Nea Dimokratia glaubt. Nach Ansicht der konservativen Regierung ist jeder Hubschrauber mindestens 8 Millionen Euro zu teuer. So habe Finnland im Jahr 2001 für 20 Helikopter gerade mal 395 Millionen Euro bezahlt. Ende September hatte das Verteidigungsministerium daher die entsprechenden Verträge an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Die Fahnder interessieren sich zudem für die Rolle zweier griechischer Industrieller, deren Firmen im Zusammenhang mit dem Eurocopter-Geschäft mit Aufträgen bedacht wurden. Bei Eurocopter in München will man sich mit Blick auf das laufende Verfahren nicht äußern – bestreitet allerdings, dass die Transporter überteuert seien. „Finnland hat ganz andere Verträge und die Hubschrauber haben eine ganz andere Konfiguration – der Vergleich hinkt daher.“



Hubschrauber NH90

PHOTOHOTHEK.NET

MANAGER

Overhaus berät die RAG



HANS-GÜNTHER OVERHAUS

Manfred Overhaus, als Ex-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium der härteste Subventionsgegner in der Regierung, hat die Seiten gewechselt: Der seit Juli pensionierte Staatsdienstler arbeitet nun als Berater für die RAG AG – zu der auch die Deutsche Steinkohle AG gehört, der größte einzelne Subventionsempfänger der Republik. Der Bund fördert den Steinkohleabbau derzeit mit drei Milliarden Euro. Overhaus soll bei der RAG auf eine effiziente Verwendung der Staatsgelder achten – und gegenüber der EU-Kommission in allen Subventionsfragen als Verhandlungspartner auftreten. Er ist zudem für künftige Projekte bei der Deutschen Steinkohle AG tätig. RAG-Chef Werner Müller hatte sich im September angekündigt, neue Flöze zu erschließen, wenn die Koks-Abnehmer oder die öffentliche Hand die Investitionskosten vorstrecken.